

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für die Verwaltungsorganisation;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der Ministerpräsident, zuständig für die Verwaltungsorganisation, wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER OFFENE DATEN UND DIE WEITERVERWENDUNG ÖFFENTLICHER DOKUMENTE

INHALTSANGABE

Das vorliegende Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	11
Umsetzungstabellen	21

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Am 20. Juni 2019 wurde die Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors verabschiedet, die bis zum 17. Juli 2021 umzusetzen ist. Diese Richtlinie hebt die Richtlinie 2003/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors auf, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch das Dekret vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und 23. April 2018, umgesetzt wurde.

Ziel der neuen Regelung ist, die verbleibenden und neu entstehenden Hemmnisse zu beseitigen, die einer breiten Weiterverwendung von öffentlichen und öffentlich finanzierten Informationen in der gesamten Europäischen Union im Wege stehen, um den Rechtsrahmen auf den neuesten Stand der digitalen Technik zu bringen und um weitere digitale Innovationen, insbesondere im Hinblick auf künstliche Intelligenz, zu fördern.

Es geht hauptsächlich um die Bereitstellung eines Echtzeit-Zugangs zu dynamischen Daten mithilfe angemessener technischer Mittel, die verstärkte Bereitstellung wertvoller öffentlicher Daten für die Weiterverwendung - unter anderem von öffentlichen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungseinrichtungen -, die Bewältigung neuer Formen von Ausschließlichkeitsvereinbarungen oder die Inanspruchnahme von Ausnahmen vom Grundsatz der Gebührenbeschränkung auf die Grenzkosten zu konzentrieren.

Das vorliegende Dekret setzt die Richtlinie (EU) 2019/1024 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft um und ersetzt das Dekret vom 18. Dezember 2006. Dadurch wird der rechtliche Rahmen für die sogenannten offenen Daten (*open data*) geschaffen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Bei dieser Bestimmung handelt es sich um die sogenannte „Europaklausel“, die auf die Richtlinie (EU) 2019/1024 hinweist, die teilweise durch dieses Dekret umgesetzt wird. Dieser Hinweis erfolgt gemäß Artikel 17 (1) Absatz 2 der Richtlinie 2019/1024.

Artikel 2

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 2 der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 2 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Anzumerken ist, dass die Begriffe der Behörde und des öffentlichen Unternehmens aus der Gesetzgebung über das öffentliche Auftragswesen stammen (vgl. hierzu auch Artikel 2 Nummer 1 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets), während der Begriff der personenbezogenen Daten die Verbindung mit der Datenschutz-Grundverordnung herstellt.

Die Definition des Dokuments wurde von Artikel 2 des Dekrets vom 18. Dezember 2006 übernommen und ist von der Richtlinie inspiriert, die eine generische Definition des Begriffs

introduziert. Das Dekret ist demnach anwendbar auf jede Darstellung von Handlungen, Tatsachen oder Informationen und jede Kompilation derselben, absolut unabhängig von ihrem Träger (Papier, elektronisch, Ton- oder Bildaufnahmen, ...), über die eine Behörde oder ein öffentliches Unternehmen verfügt. Es handelt sich also nicht um den Zugang zu einem bestimmten Dokument oder zu Einzelangaben. Das Dokument, dessen Weiterverwendung zugelassen wird, resultiert aus einer Sammlung von Daten, einer Bearbeitung oder Aufbereitung dieser Daten, um ihnen eine verwertbare Form zu geben. Die Definition umfasst allerdings keine Informatikprogramme.

Unter dem Begriff der Weiterverwendung versteht man jeden Gebrauch der von den Behörden gesammelten Dokumente, zu anderen Zwecken als ursprünglich vorgesehen.

Artikel 3

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 1 (1) und (2) der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 3 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Der bereits sehr weit gefasste Anwendungsbereich wird um die öffentlichen Unternehmen und die Forschungsdaten entsprechend Artikel 1 der Richtlinie (EU) 2019/1024 ergänzt. Damit enthält das vorliegende Dekret Vorschriften für die Weiterverwendung und praktische Modalitäten für die Erleichterung der Weiterverwendung von Dokumenten, die im Besitz der Behörden oder der in bestimmten Feldern tätigen öffentlichen Unternehmen sind, als auch die Forschungsdaten, mit dem Ziel, die Verwendung offener Daten zu fördern und Anreize für die Innovation bei Produkten und Dienstleistungen zu vermitteln.

Es fallen nur die Dokumente von bestimmten öffentlichen Unternehmen in den Anwendungsbereich des Dekrets, damit auch die Weiterverwendung von Dokumenten, die im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse von öffentlichen Unternehmen erstellt werden, zur Weiterverwendung verfügbar sind. Betroffen sind die öffentlichen Unternehmen,

- die in den Bereichen Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie Postdienste tätig sind, so wie in Titel 3 Kapitel I Abschnitt 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge definiert,
- die als Betreiber eines öffentlichen Dienstes gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene tätig sind,
- die als Luftfahrtunternehmen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 erfüllen,
- die als Gemeinschaftsreeder Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 erfüllen.

Die Forschungsdaten werden nun auch im Anwendungsbereich erfasst, da der Umfang der in der Forschung erzeugten Daten exponentiell zunimmt und Potential für die Weiterverwendung der Daten über die wissenschaftlichen Kreise hinaus besteht. Um in der Lage zu sein, die gesellschaftlichen Herausforderungen effizient und ganzheitlich anzugehen, ist es wesentlich und dringend erforderlich, Daten aus verschiedenen Quellen über Sektoren und Disziplinen hinweg zugänglich machen, zusammenführen und weiterverwenden zu können. Es handelt sich dabei um Statistiken, Versuchsergebnisse, Messungen, Beobachtungen aus der Feldarbeit, Umfrageergebnisse, Befragungsaufzeichnungen und Bilder. Auch Metadaten, Spezifikationen und andere digitale Objekte sind Teil davon. Forschungsdaten unterscheiden sich von wissenschaftlichen Artikeln, in denen die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung vorgestellt und kommentiert werden.

In Absatz 2 werden die Dokumente aufgelistet, die aus dem Anwendungsbereich des vorliegenden Dekrets ausgeschlossen sind.

Artikel 4

Diese Bestimmung entspricht Artikel 4 des Dekrets vom 18. Dezember 2006 und steht mit Artikel 1 (4) der Richtlinie 2019/1024 in Verbindung.

Eine Behörde kann Dokumente mit personenbezogenen Daten, die geschützt sind durch die Bestimmungen zum Schutz des Privatlebens, anonymisieren, um deren Verbreitung zu fördern. Wenn die Behörde gewisse Informationen einer derartigen Anonymisierung unterzieht, kann sie die Kosten für diese Behandlung selbstverständlich in eine eventuelle Gebühr aufnehmen.

Diese Bestimmung musste angepasst werden, denn das Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten wurde aufgehoben. Es gelten nun unmittelbar die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung.

Artikel 5

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 1 (6) der Richtlinie 2019/1024.

Gemäß Artikel XI.307 des Wirtschaftsgesetzbuches haben die Hersteller von Datenbanken das Recht, die Entnahme und/oder Weiterverwendung der Gesamtheit oder eines in qualitativer oder quantitativer Hinsicht wesentlichen Teils des Inhalts einer Datenbank zu untersagen. Dieses Recht darf nicht dazu führen, dass dadurch die Weiterverwendung von Daten im Sinne des vorliegenden Dekrets eingeschränkt wird.

Artikel 6

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 3 der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 5 Absatz 1 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Wie in der Richtlinie vorgesehen, können erhaltene Informationen zu gewerblichen oder nicht-gewerblichen Zwecken genutzt werden.

Artikel 7

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 5 der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 6 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Im Rahmen des Möglichen sollten Dokumente in der beantragten Form zur Verfügung gestellt werden. Die Behörden sollten Dokumente möglichst in elektronischer Form erstellen und vermeiden, dass das verwendete Format von einem bestimmten Informatikprogramm abhängt. Die den Behörden auferlegte Verpflichtung, ihre Dokumente in allen vorhandenen Sprachen zur Verfügung zu stellen, ist selbstverständlich im Rahmen der Sprachengesetzgebung zu verstehen und stellt keine Einmischung in die Zuständigkeit der Föderalbehörde dar.

Daneben sollten auch Anträge auf Auszüge aus Dokumenten positiv begutachtet werden, wenn dies nicht mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist.

Wenn eine Behörde beschließt, bestimmte Dokumente nicht mehr herzustellen oder gewisse Informationen nicht mehr zu aktualisieren, wozu sie durchaus und bedingungslos berechtigt ist, sollte dies rechtzeitig bekannt gemacht werden.

Der Grundsatz „konzeptionell und standardmäßig offen“ (*open by design and by default*) bedeutet, dass ein kohärentes Maß des Schutzes der im Allgemeininteresse liegenden Ziele, etwa der öffentlichen Sicherheit, gewährleistet werden soll, auch in den Fällen, in denen es sich um sensible vertrauliche Informationen über den Schutz kritischer Infrastrukturen handelt. Die Behörden sollten ebenfalls gewährleisten, dass der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist, auch in den Fällen, in denen die Informationen in einem einzelnen Datensatz zwar nicht die Gefahr einer Identifizierung oder des Herausgreifens einer natürlichen Person bergen, aber in Kombination mit anderen verfügbaren Informationen eine derartige Gefahr hervorrufen könnten.

Artikel 8

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 6 der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 7 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Eine Behörde kann eine Entschädigung für die Zurverfügungstellung von Informationen erheben. Diese Gebühren sollten die Gesamtkosten der Erfassung, Erstellung, Reproduktion, Verbreitung und Datenspeicherung der Dokumente zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne nicht übersteigen, wobei gegebenenfalls die Selbstfinanzierungsverpflichtungen der betroffenen Behörde gebührend zu berücksichtigen ist. Die Erstellung umfasst das Verfassen und das Zusammenstellen; die Verbreitung kann auch Anwenderunterstützung beinhalten.

Da eine Gebührenüberschreitung vermieden werden sollte, bildet die Kostendeckung zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne, im Einklang mit den geltenden Buchführungsgrundsätzen und der einschlägigen Methode der Gebührenberechnung der betreffenden Behörde, eine Gebührenobergrenze.

Selbstverständlich kann eine Behörde niedrigere oder gar keine Gebühren erheben im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung für den Antragsteller bzw. der Kosten-Nutzen-Relation für die Behörde durch die Gebührenerhebung und die damit verbundenen Buchhaltungsaufgaben.

Artikel 9

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 7 (1) und (2) der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 7.1 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Durch diese Vorschrift soll die Erhebung von Gebühren und Entgelten transparenter erfolgen. Dies dient der Rechtssicherheit und kommt den Interessenten zugute.

Artikel 10

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 8 (1) der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 5 Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Das Dekret sieht minimale Bedingungen vor, die bei jeder Weiterverwendung respektiert werden müssen: Angabe der Quellen, der letzten Aktualisierung sowie die Verpflichtung, die Integrität der Dokumente zu wahren.

Eine Behörde kann weitere Bedingungen für die Weiterverwendung vorsehen, ohne dadurch jedoch den Wettbewerb oder die Möglichkeiten der Weiterverwendung ungebührlich einzuschränken. Vorzugsweise sollte in diesen Fällen eine Lizenz verwendet werden.

Artikel 11

Diese Bestimmung ist neu und sieht entsprechend Artikel 10 der Richtlinie 2019/1024 die Bedingungen vor, unter denen die Forschungsdaten weiterverwendet werden können.

So wird vorgesehen, dass Daten, die aus einer mittels öffentlicher Gelder finanzierten Forschung stammen und von Forschern über ein institutionelles oder thematisches Archiv öffentlich zugänglich gemacht wurden, weiterverwendet werden können. In diesem Fall müssen sie gemäß den Bedingungen von Kapitel 3 betreffend die Weiterverwendung und den Grundsatz der Nicht-Diskriminierung verfügbar gemacht werden. Die Forschungsdaten, die im geistigen Eigentum eines Dritten fallen, sind vom Anwendungsbereich von Artikel 10 ausgenommen.

Artikel 12

Diese Bestimmung ist neu und entspricht Artikel 14 der Richtlinie 2019/1024.

In Absatz 1 werden die Bedingungen vorgesehen, die die bestimmten hochwertigen Datensätze im Besitz von Behörden oder öffentlichen Unternehmen zu erfüllen haben. So müssen sie grundsätzlich kostenlos, maschinenlesbar, über Programmierschnittstellen und ggf. als Massen-Download verfügbar sein.

Ausnahmen zum Prinzip der kostenlosen Verfügbarkeit werden im Fall der Verzerrung des Wettbewerbs (Absatz 2), der Bibliotheken, Museen und Archive (Absatz 3) und der wesentlichen Auswirkung auf den Haushalt (Absatz 4) vorgesehen.

Artikel 13

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 11 der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 9 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Dieser Artikel integriert das Prinzip der Nicht-Diskriminierung, das zwischen vergleichbaren Kategorien der Weiterverwendung Anwendung findet. Diesem Prinzip steht nicht entgegen, dass Behörden in Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags Informationen gebührenfrei austauschen, während Dritte für die Weiterverwendung derselben Dokumente Gebühren entrichten müssen. Dem steht auch nicht entgegen, dass für die gewerbliche und die nicht-gewerbliche Weiterverwendung unterschiedliche Gebühren festgelegt werden.

Artikel 14

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 12 der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 10 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Gegenstand dieser Vorschrift ist das Verbot von Ausschließlichkeitsvereinbarungen. Es geht somit darum, dass die Weiterverwendung von Dokumenten allen potenziellen Marktteilnehmern grundsätzlich offensteht. Ausnahmen sind jedoch unter strengen Bedingungen vorgesehen.

Artikel 15

Diese Bestimmung dient der Umsetzung der Artikel 4 und 7 (3) der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 8 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Der Antrag auf die Zurverfügungstellung von Dokumenten zwecks Weiterverwendung muss schriftlich erfolgen und mindestens folgende Angaben enthalten:

- die Identifizierung des beantragten Dokumentes;
- eine Beschreibung der geplanten Weiterverwendung;
- die Form in der die Dokumente vorzugsweise zur Verfügung gestellt werden sollten;
- das verfolgte Ziel der Weiterverwendung.

Diese Angaben dienen dazu, zu beurteilen, ob der Antrag nicht missbräuchlich ist und der Zielsetzung der Richtlinie entspricht.

Die Bestimmung ist technologisch neutral aufgesetzt. Dies bedeutet, dass der Antrag grundsätzlich sowohl über den Briefpostweg wie auch elektronisch eingereicht werden kann, insofern die Bestimmungen des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets eingehalten werden.

Die vorgesehene Frist für die Bearbeitung der Anträge auf Weiterverwendung entspricht der Frist, die in Artikel 5 §5 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten vorgesehen ist.

Die Behörde kann die Zurverfügungstellung von Dokumenten jederzeit einseitig und ohne Entschädigung beenden, wenn die in Kapitel 2 vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt werden.

Die Entscheidung über Weiterverwendung muss zudem einen Hinweis auf die Rechtsbehelfe, die dem Antragsteller zur Verfügung stehen, um gegen die Entscheidung vorzugehen, enthalten.

Öffentliche Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Forschungseinrichtungen sowie Forschungsförderungseinrichtungen müssen die in Paragraph 1 aufgeführten Regeln nicht einhalten.

Artikel 16

Die Behörde kann ebenfalls die Verwendung einer Lizenz vorsehen und sendet dem Antragsteller binnen der in Artikel 15 erwähnten Frist eine Lizenz zu.

Artikel 17

Diese Bestimmung dient der Umsetzung der Artikel 4 (5) und 9 der Richtlinie 2019/1024 und entspricht Artikel 11 des Dekrets vom 18. Dezember 2006.

Im Sinne der von der Richtlinie geförderten Transparenz müssen die Behörden die Bürger und Unternehmen über die Verfügbarkeit von Dokumenten informieren, über ihre Beschlüsse, gewisse Dokumente nicht mehr zu erstellen oder die Bedingungen für die Zurverfügungstellung zu ändern, wie auch über die Gebühren und Ausschließlichkeitsvereinbarungen.

Diese Öffentlichkeitsarbeit kann auf vielfältige Art und Weise geschehen, vorzugsweise aber über online verfügbare Bestandslisten und Internetportale, die mit dezentralisierten Bestandslisten verbunden sind. Hier bietet sich die Internetseite des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft an.

Die Einhaltung dieser Veröffentlichungsverpflichtung muss regelmäßig überwacht werden.

Artikel 18

Das vorliegende Dekret ersetzt das bisherige Dekret über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente, das durch diese Bestimmung aufgehoben wird.

Artikel 19

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident
Datum: 2021.04.22 10:57:31 +02'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Europaklausel

Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 des europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Im Sinne des vorliegenden Dekrets versteht man unter

1. Behörde:

- a) die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- b) die Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen,
- c) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets,
- d) jede Einrichtung, ungeachtet ihrer Art und Rechtsform, die
 - zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und
 - Rechtspersönlichkeit besitzt und
 - deren Tätigkeit überwiegend von den unter a) und b) erwähnten Behörden oder Einrichtungen finanziert wird oder hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesen Behörden oder Einrichtungen ernannt worden sind,
- e) die von einer oder mehreren der unter a), b), c) oder d) erwähnten Behörden gebildeten Vereinigungen;

2. öffentliches Unternehmen: ein in den in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 2 genannten Bereichen tätiges Unternehmen, auf das Behörden aufgrund der Eigentumsverhältnisse, der finanziellen Beteiligung oder der für das Unternehmen geltenden Bestimmungen unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben können. Von einem beherrschenden Einfluss der Behörden ist in jedem der folgenden Fälle auszugehen, in denen diese Behörden unmittelbar oder mittelbar

- a) die Mehrheit des gezeichneten Kapitals des Unternehmens halten;
- b) über die Mehrheit der mit den Anteilen am Unternehmen verbundenen Stimmrechte verfügen;
- c) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Unternehmens ernennen können;

3. Richtlinie 2019/1024: die Richtlinie (EU) 2019/1024 des europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors;

4. Hochschule: eine Behörde, die postsekundäre Bildungsgänge anbietet, die zu einem akademischen Grad führen;

5. Standardlizenz: eine Reihe vorgegebener Bedingungen für die Weiterverwendung, die in digitalem Format vorliegen und vorzugsweise mit standardisierten online verfügbaren öffentlichen Lizenzen kompatibel sind;

6. Dokument: jede Information in gleich welcher Form, über die eine Behörde verfügt, oder ein beliebiger Teil einer solchen Information;

7. Anonymisierung: den Prozess, in dessen Verlauf Dokumente in anonyme Dokumente umgewandelt werden, die sich nicht auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen, oder personenbezogene Daten so anonym gemacht werden, dass die betroffene Person nicht oder nicht mehr identifiziert werden kann;

8. dynamische Daten: Dokumente in digitaler Form, die häufig oder in Echtzeit aktualisiert werden, insbesondere aufgrund ihrer Volatilität oder ihres raschen Veraltens; von Sensoren generierte Daten werden in der Regel als dynamische Daten angesehen;

9. Forschungsdaten: Dokumente in digitaler Form, bei denen es sich nicht um wissenschaftliche Veröffentlichungen handelt und die im Laufe von wissenschaftlichen Forschungstätigkeiten erfasst oder erzeugt und als Nachweise im Rahmen des Forschungsprozesses verwendet werden oder die in der Forschungsgemeinschaft allgemein für die Validierung von Forschungsfeststellungen und -ergebnissen als notwendig erachtet werden;

10. hochwertige Datensätze: Dokumente, deren Weiterverwendung mit wichtigen Vorteilen für die Gesellschaft, die Umwelt und die Wirtschaft verbunden ist, insbesondere aufgrund ihrer Eignung für die Schaffung von Mehrwertdiensten, Anwendungen und neuer, hochwertiger und menschenwürdiger Arbeitsplätze sowie aufgrund der Zahl der potenziellen Nutznießer der Mehrwertdienste und -anwendungen auf der Grundlage dieser Datensätze;

11. Weiterverwendung: die Nutzung durch natürliche oder juristische Personen von Dokumenten, die im Besitz von

a) Behörden sind, für gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke, die sich von dem ursprünglichen Zweck im Rahmen des öffentlichen Auftrags, für den die Dokumente erstellt wurden, unterscheiden, abgesehen vom Austausch von Dokumenten zwischen Behörden ausschließlich im Rahmen der Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags, oder

b) öffentlichen Unternehmen sind, für gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke, die sich von dem ursprünglichen Zweck der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, für den die Dokumente erstellt wurden, unterscheiden, abgesehen vom Austausch von Dokumenten zwischen öffentlichen Unternehmen und Behörden ausschließlich im Rahmen der Erfüllung des öffentlichen Auftrags von Behörden;

12. personenbezogene Daten: personenbezogene Daten im Sinne des Artikels 4 Nummer 1 der Datenschutz-Grundverordnung;

13. maschinenlesbares Format: ein Dateiformat, das so strukturiert ist, dass Softwareanwendungen konkrete Daten, einschließlich einzelner Sachverhaltsdarstellungen und deren interner Struktur, leicht identifizieren, erkennen und extrahieren können;

14. offenes Format: ein Dateiformat, das plattformunabhängig ist und der Öffentlichkeit ohne Einschränkungen, die der Weiterverwendung von Dokumenten hinderlich wären, zugänglich gemacht wird;

15. formeller, offener Standard: einen schriftlich niedergelegten Standard, in dem die Anforderungen für die Sicherstellung der Interoperabilität der Software niedergelegt sind;

16. angemessene Gewinnspanne: einen Prozentsatz der Gesamtkosten, der über den zur Deckung der einschlägigen Kosten erforderlichen Betrag hinausgeht, aber höchstens fünf Prozentpunkte über dem von der Europäischen Zentralbank festgesetzten Zinssatz liegt;

17. Dritter: jede natürliche oder juristische Person außer der Behörde oder dem öffentlichen Unternehmen, die/das im Besitz der Daten ist;

18. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Art. 3 - Gegenstand und Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf:

1. vorhandene Dokumente im Besitz einer Behörde;
2. vorhandene Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen, die
 - a) in den in Titel 3 Kapitel I Abschnitt 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge festgelegten Bereichen tätig sind;
 - b) als Betreiber eines öffentlichen Dienstes gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates tätig sind;
 - c) als Luftfahrtunternehmen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (Neufassung) erfüllen;
 - d) als Gemeinschaftsreeder Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage) erfüllen;
3. Forschungsdaten gemäß den in Artikel 11 festgelegten Bedingungen.

Vorliegendes Dekret findet keine Anwendung auf:

1. Dokumente, deren Bereitstellung nicht unter den gesetzlich oder durch andere verbindliche Rechtsvorschriften festgelegten öffentlichen Auftrag der betreffenden Behörden fällt oder, in Ermangelung solcher Rechtsvorschriften, nicht unter den durch allgemeine Verwaltungspraxis festgelegten öffentlichen Auftrag fällt, vorausgesetzt, dass der Umfang der öffentlichen Aufträge transparent ist und regelmäßig überprüft wird;
2. Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen,
 - a) die nicht im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Sinne der gesetzlichen oder sonstigen verbindlichen Vorschriften erstellt wurden;
 - b) die mit unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzten Tätigkeiten zusammenhängen und daher gemäß Artikel 116 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge nicht den Vorschriften für die Auftragsvergabe unterliegen;
3. Dokumente, die geistiges Eigentum Dritter betreffen;
4. Dokumente, wie zum Beispiel sensible Daten, die gemäß den geltenden Zugangsregelungen nicht zugänglich sind, einschließlich aus Gründen:
 - a) des Schutzes der nationalen Sicherheit, der Verteidigung oder der öffentlichen Sicherheit,
 - b) der statistischen Geheimhaltung,
 - c) des Geschäftsgeheimnisses, einschließlich Betriebsgeheimnissen, Berufsgeheimnissen, Unternehmensgeheimnissen;
5. Dokumente, die aufgrund ihrer Eigenschaft als vertrauliche Informationen über den Schutz kritischer Infrastrukturen im Sinne des Gesetzes vom 1. Juli 2011 über die Sicherheit und den Schutz der kritischen Infrastrukturen nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind;
6. Dokumente, zu denen der Zugang durch die geltenden Zugangsregelungen eingeschränkt ist, einschließlich der Fälle, in denen Bürger oder juristische Personen ein besonderes Interesse nachzuweisen haben, um Zugang zu den Dokumenten zu erhalten;
7. Logos, Wappen und Insignien;
8. Dokumente, die nach den geltenden Zugangsregelungen aus Gründen des Schutzes personenbezogener Daten nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind, und Teile von Dokumenten, die gemäß diesen Regelungen zugänglich sind, wenn sie personenbezogene Daten enthalten, deren Weiterverwendung gesetzlich nicht mit dem Recht über den Schutz natürlicher Personen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten vereinbar ist oder gesetzlich als Beeinträchtigung des Schutzes der Privatsphäre und der Integrität der betroffenen Personen definiert ist, insbesondere im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union oder dem belgischen Recht im Hinblick auf den Schutz personenbezogener Daten;

9. Dokumente, die im Besitz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und ihrer Zweigstellen oder anderer Stellen und deren Zweigstellen sind und der Wahrnehmung eines öffentlichen Sendeauftrags dienen;

10. Dokumente im Besitz anderer kultureller Einrichtungen als Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive;

11. Dokumente im Besitz von Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe und darunter und, bei allen sonstigen Bildungseinrichtungen, andere als die in Absatz 1 Nummer 3 genannten Dokumente;

12. andere als die in Absatz 1 Nummer 3 genannte Dokumente im Besitz von Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungseinrichtungen, einschließlich Einrichtungen, die zum Zweck des Transfers von Forschungsergebnissen gegründet wurden.

KAPITEL 2 - BEDINGUNGEN FÜR DIE WEITERVERWENDUNG

Abschnitt 1 - Allgemeine Bedingungen

Art. 4 - Personenbezogene Daten

Ein Dokument, das personenbezogene Daten enthält, darf nur unter der Bedingung weiterverwendet werden, dass die Behörde alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen hat, um die Identität der Person, auf die sich die Daten beziehen, unkenntlich zu machen, insbesondere indem sie die Information im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung anonymisiert.

Art. 5 - Datenbanken

Das Recht der Hersteller von Datenbanken gemäß Artikel XI.307 des Wirtschaftsgesetzbuches darf nicht in Anspruch genommen werden, um dadurch die Weiterverwendung von Dokumenten zu verhindern oder diese Weiterverwendung über die in diesem Dekret festgelegten Beschränkungen hinaus einzuschränken.

Art. 6 - Weiterverwendungszweck

Die Dokumente, auf die dieses Dekret anwendbar ist, können für gewerbliche und nicht-gewerbliche Zwecke weiterverwendet werden.

Dies gilt ebenfalls für Dokumente, an denen Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive Rechte des geistigen Eigentums innehaben, und für Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen falls deren Weiterverwendung erlaubt wird.

Art. 7 - Verfügbare Formate

Unbeschadet des Artikels 12 stellen die Behörden und öffentliche Unternehmen ihre Dokumente in allen vorhandenen Formaten oder Sprachen und, soweit möglich und sinnvoll, auf elektronischem Wege in offenen, maschinenlesbaren, zugänglichen, auffindbaren und weiterverwendbaren Formaten zusammen mit den zugehörigen Metadaten zur Verfügung. Sowohl die Formate als auch die Metadaten sollten soweit möglich formellen, offenen Standards entsprechen.

Behörden und öffentliche Unternehmen erstellen und stellen die in den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekretes fallenden Dokumente nach dem Grundsatz „konzeptionell und standardmäßig offen“ zur Verfügung.

Absatz 1 verpflichtet die Behörden nicht, Dokumente neu zu erstellen oder anzupassen, um dem Antrag nachzukommen, und beinhaltet auch keine Verpflichtung, Auszüge aus Dokumenten zur Verfügung zu stellen, wenn dies mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist, der über eine einfache Bearbeitung hinausgeht.

Die Behörden können auf der Grundlage dieses Dekrets nicht verpflichtet werden, die Erstellung und Speicherung bestimmter Arten von Dokumenten im Hinblick auf deren Weiterverwendung durch eine Organisation des privaten oder öffentlichen Sektors fortzusetzen.

Behörden machen dynamische Daten unmittelbar nach der Erfassung mithilfe geeigneter Programmierschnittstellen und gegebenenfalls als Massen-Download zur Weiterverwendung zugänglich.

Würde die Bereitstellung von dynamischen Daten zur Weiterverwendung unmittelbar nach der Erfassung gemäß Absatz 5 die finanzielle und technische Leistungsfähigkeit der Behörde übersteigen und somit zu einem unverhältnismäßigen Aufwand führen, werden jene dynamischen Daten innerhalb einer Frist oder mit vorübergehenden technischen Beschränkungen zur Weiterverwendung zugänglich gemacht, die die Nutzung ihres wirtschaftlichen und sozialen Potenzials nicht übermäßig beeinträchtigen.

Die Absätze 1 bis 6 gelten für vorhandene Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen, die zur Weiterverwendung verfügbar sind.

Die hochwertigen Datensätze, die von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 in einer Liste aufgeführt werden, werden in maschinenlesbarem Format über geeignete Programmierschnittstellen und gegebenenfalls als Massen-Download zur Weiterverwendung zugänglich gemacht.

Art. 8 - Gebühren und Entgelte

§1 - Die Weiterverwendung von Dokumenten ist kostenfrei.

Allerdings kann die Erstattung der durch die Reproduktion, Bereitstellung und Verbreitung von Dokumenten sowie durch die Anonymisierung personenbezogener Daten und Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen verursachten Grenzkosten gestattet werden.

§2 - Die Bestimmungen des Paragraphen 1 findet keine Anwendung auf:

1. Behörden, deren Auftrag das Erzielen von Einnahmen erfordert, um einen wesentlichen Teil ihrer Kosten im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufträge zu decken;
2. Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive;
3. öffentliche Unternehmen.

§3 - Die Regierung veröffentlicht auf der Internetseite des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Liste der in Paragraph 2 Nummer 1 genannten Behörden.

§4 - In den in Paragraph 2 Nummern 1 und 3 genannten Fällen berechnen die betreffenden Behörden die Gesamtgebühren nach objektiven, transparenten und nachprüfbaren Kriterien, die durch die Regierung festgelegt werden.

Die Gesamteinnahmen aus der Bereitstellung von Dokumenten und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum dürfen die Kosten ihrer

Erfassung, Erstellung, Reproduktion, Verbreitung und Datenspeicherung, zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne, sowie gegebenenfalls der Anonymisierung personenbezogener Daten und Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen nicht übersteigen.

Die Gebühren und Entgelte werden nach Maßgabe der für die betreffenden Behörden geltenden Buchführungsgrundsätze berechnet.

§5 - Soweit die in Paragraf 2 Nummer 2 genannten Behörden Gebühren erheben, dürfen die Gesamteinnahmen aus der Bereitstellung von Dokumenten und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum die Kosten ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion, Verbreitung, Datenspeicherung, Bewahrung und der Rechtklärung sowie gegebenenfalls die Anonymisierung personenbezogener Daten und Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne nicht übersteigen.

Die Gebühren und Entgelte werden nach Maßgabe der für die betreffenden Behörden geltenden Buchführungsgrundsätze berechnet.

§6 - Die Weiterverwendung folgender Daten ist für den Nutzer kostenfrei:

1. hochwertige Datensätze, die von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 in einer Liste aufgeführt werden, vorbehaltlich weiterer von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 festgelegter Bestimmungen;
2. Forschungsdaten gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3.

Art. 9 - Transparenz

Im Fall von Standardgebühren oder Standardentgelten für die Weiterverwendung von Dokumenten werden die entsprechenden Bedingungen und die tatsächliche Höhe dieser Gebühren oder Entgelte einschließlich der Berechnungsgrundlage dieser Gebühren, im Voraus festgelegt und, soweit möglich und sinnvoll, in elektronischer Form veröffentlicht.

Im Fall von Gebühren oder Entgelten für die Weiterverwendung, die in Absatz 1 nicht genannt sind, geben die Behörden und die öffentlichen Unternehmen im Voraus an, welche Faktoren bei der Berechnung dieser Gebühren oder Entgelte berücksichtigt werden. Auf Anfrage gibt der Inhaber der Dokumente auch die Berechnungsweise dieser Gebühren oder Entgelte in Bezug auf den spezifischen Antrag auf Weiterverwendung an.

Art. 10 - Weitere Bedingungen

§1 - Unbeschadet des Paragrafen 2 unterliegt die Weiterverwendung von Dokumenten keinen Bedingungen, es sei denn, diese Bedingungen sind objektiv, verhältnismäßig, nicht-diskriminierend und durch ein im Allgemeininteresse liegendes Ziel gerechtfertigt.

Wenn die Weiterverwendung an Bedingungen gebunden ist, schränken diese Bedingungen die Möglichkeiten der Weiterverwendung nicht unnötig ein und behindern nicht den Wettbewerb.

§2 - Die Dokumente, die aus der Weiterverwendung resultieren, geben die Quelle und das Datum der letzten Aktualisierung an. Sie respektieren die Integrität und die Art der zur Verfügung gestellten Dokumente.

Abschnitt 2 - Besondere Bedingungen

Art. 11 - Forschungsdaten

Öffentlich finanzierte Forschungsdaten werden nach dem Grundsatz der „standardmäßig offenen Daten“ und im Einklang mit dem Grundsatz, dass Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und weiterverwendbar sein müssen, offen zugänglich gemacht. Hierbei werden Anliegen in Bezug auf Rechte des geistigen Eigentums, den Schutz personenbezogener Daten sowie Vertraulichkeit, Sicherheit und legitime Geschäftsinteressen nach dem Grundsatz „so offen wie möglich, so geschlossen wie nötig“ berücksichtigt.

Unbeschadet Artikel 3 Absatz 2 Nummer 3 können die Forschungsdaten gemäß dem vorliegenden Kapitel für gewerbliche und nicht-gewerbliche Zwecke weiterverwendet werden, soweit sie öffentlich finanziert wurden und wenn sie von Forschern, Forschungseinrichtungen oder Forschungsförderungseinrichtungen bereits über ein institutionelles oder thematisches Archiv öffentlich zugänglich gemacht wurden. In diesem Zusammenhang sind berechnete Geschäftsinteressen, Wissenstransfertätigkeiten und bestehende Rechte Dritter an geistigem Eigentum zu berücksichtigen.

Art. 12 - Hochwertige Datensätze

Hochwertige Datensätze, die von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 in einer Liste aufgeführt werden, müssen:

1. vorbehaltlich der Absätze 2, 3 und 4 kostenlos verfügbar sein;
2. maschinenlesbar sein;
3. über Programmierschnittstellen verfügbar sein;
4. gegebenenfalls als Massen-Download verfügbar sein.

Gemäß den von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 festgelegten Bestimmungen gilt in Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 die kostenlose Verfügbarkeit hochwertiger Datensätze nicht für bestimmte hochwertige Datensätze im Besitz öffentlicher Unternehmen, wenn dies zu einer Verfälschung des Wettbewerbs auf den betreffenden Märkten führen würde.

Die Anforderung, hochwertige Datensätze gemäß Absatz 1 Nummer 1 kostenlos verfügbar zu machen, gilt nicht für Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive.

In Fällen, in denen sich die kostenlose Bereitstellung hochwertiger Datensätze durch Behörden, die Einnahmen erzielen müssen, um einen wesentlichen Teil ihrer Kosten bei der Wahrnehmung ihres öffentlichen Auftrags zu decken, wesentlich auf den Haushalt der betreffenden Behörden auswirken würde, sind diese Behörden für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren nach Inkrafttreten der entsprechenden von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 festgelegten Bestimmungen von der Anforderung der kostenlosen Bereitstellung dieser hochwertigen Datensätze befreit.

KAPITEL 3 - ANTRÄGE AUF WEITERVERWENDUNG

Abschnitt 1 - Allgemeine Vorgaben

Art. 13 - Nicht-Diskriminierung

Die im Rahmen eines Antragsverfahrens auferlegten Bedingungen für die Weiterverwendung von Dokumenten sind für vergleichbare Kategorien der Weiterverwendung, einschließlich der grenzüberschreitender Weiterverwendung, nicht-diskriminierend.

Werden Dokumente von Behörden als Ausgangsmaterial für eigene Geschäftstätigkeiten weiterverwendet, die nicht unter ihren öffentlichen Auftrag fallen, gelten für die Bereitstellung der Dokumente für diese Tätigkeiten dieselben Gebühren und Entgelte und sonstigen Bedingungen wie für andere Nutzer.

Art. 14 - Verbot von Ausschließlichkeitsvereinbarungen

§1 - Die Weiterverwendung von Dokumenten steht allen potenziellen Marktteilnehmern offen, selbst wenn auf diesen Dokumenten beruhende Mehrwertprodukte bereits von einem oder mehreren Marktteilnehmern genutzt werden. Verträge oder sonstige Vereinbarungen zwischen Behörden oder öffentlichen Unternehmen, die im Besitz der Dokumente sind, und Dritten dürfen keine ausschließlichen Rechte gewähren.

§2 - Ist allerdings für die Bereitstellung eines Dienstes im öffentlichen Interesse ein ausschließliches Recht erforderlich, so ist der Grund für dessen Erteilung regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre, zu überprüfen. Die am oder nach dem 17. Juli 2021 getroffenen Ausschließlichkeitsvereinbarungen werden spätestens zwei Monate vor ihrem Inkrafttreten online öffentlich zugänglich gemacht.

Vorliegender Paragraph gilt nicht für die Digitalisierung von Kulturbeständen.

§3 - Bezieht sich ein ausschließliches Recht auf die Digitalisierung von Kulturbeständen, darf es ungeachtet Paragraph 1 im Allgemeinen für höchstens zehn Jahre gewährt werden. Wird es für mehr als zehn Jahre gewährt, wird die Gewährungsdauer im elften Jahr und danach gegebenenfalls alle sieben Jahre überprüft.

Die in Absatz 1 genannten Vereinbarungen zur Gewährung ausschließlicher Rechte müssen transparent sein und öffentlich bekannt gemacht werden.

Im Fall eines in Absatz 1 genannten ausschließlichen Rechts ist der betreffenden Behörde im Rahmen der Vereinbarung eine Kopie der digitalisierten Kulturbestände gebührenfrei zur Verfügung zu stellen. Diese Kopie wird am Ende des Ausschließlichkeitszeitraums zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt.

§4 - Rechtliche oder praktische Vorkehrungen, die nicht ausdrücklich ausschließliche Rechte gewähren, die aber darauf abzielen oder bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die Weiterverwendung von Dokumenten durch andere Einrichtungen als die an der Vereinbarung beteiligten Dritten beschränken, werden spätestens zwei Monate vor ihrem Inkrafttreten online öffentlich zugänglich gemacht. Die Auswirkungen solcher rechtlichen oder praktischen Vorkehrungen auf die Verfügbarkeit von Daten zur Weiterverwendung sind Gegenstand regelmäßiger Überprüfungen und werden mindestens alle drei Jahre überprüft. Die endgültigen Bedingungen solcher Vereinbarungen müssen transparent sein und online öffentlich zugänglich gemacht werden.

§5 - Am 17. Juli 2013 bestehende Ausschließlichkeitsvereinbarungen, die nicht unter in den Paragraphen 2 und 3 genannten Ausnahmen fallen und die von Behörden getroffen wurden, werden bei Vertragsablauf, spätestens jedoch am 18. Juli 2043, beendet.

Am 16. Juli 2019 bestehende Ausschließlichkeitsvereinbarungen, die nicht unter die Ausnahmen der Paragraphen 2 und 3 fallen und die von öffentlichen Unternehmen getroffen wurden, werden bei Vertragsablauf, spätestens jedoch am 17. Juli 2049 beendet.

Abschnitt 2 - Verfahren

Art. 15 - Antrag auf Weiterverwendung

§1 - Der Antrag auf Weiterverwendung erfolgt schriftlich und enthält mindestens die genaue Identifizierung des beantragten Dokumentes, eine Beschreibung der geplanten Weiterverwendung, die Form, in der die Dokumente vorzugsweise zur Verfügung gestellt werden sollten, sowie das verfolgte Ziel der Weiterverwendung.

Die Behörde, die einem Antrag auf Weiterverwendung nicht unmittelbar stattgeben kann oder die diesen Antrag ablehnt, teilt dem Antragsteller innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen nach Empfang des Antrages die Gründe des Aufschubs oder der Ablehnung mit. Bei Aufschub kann die Frist um 15 Kalendertage verlängert werden.

Ist diese Mitteilung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist erfolgt, gilt der Antrag als verweigert.

Stützt sich ein ablehnender Bescheid auf Artikel 3 Absatz 2 Nummer 3, verweist die Behörde auf die natürliche oder juristische Person, die Inhaber der Rechte ist, insofern diese bekannt ist, oder ersatzweise auf den Lizenzgeber, von dem die Behörde das betreffende Material erhalten hat. Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive sind nicht zur Verweisangabe verpflichtet.

Die Behörde kann einseitig und jederzeit die Zurverfügungstellung von Dokumenten beenden, ohne dass irgendein Anrecht auf Entschädigung entsteht, wenn der Antragsteller eine oder mehrere der in Kapitel 2 erwähnten Bedingungen nicht einhält.

§2 - Die Entscheidung über Weiterverwendung enthält einen Hinweis auf die Rechtsbeihilfe, die dem Antragsteller zur Verfügung stehen, um gegen die Entscheidung vorzugehen.

§3 - Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind nicht anwendbar auf:

1. öffentlichen Unternehmen;
2. Bildungseinrichtungen, Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungseinrichtungen.

Art. 16 - Standardlizenzen

Wenn der Erhalt eines Dokumentes die Verwendung einer Lizenz erfordert, übermittelt die Behörde, bei der der Antrag gestellt wurde, dem Antragsteller binnen der in Artikel 15 §1 Absatz 2 vorgesehenen Frist eine Standardlizenz, die an besondere Lizenzanträge angepasst werden kann.

Die Behörde kann eine Lizenz einseitig und jederzeit beenden, ohne dass ein Anrecht auf Entschädigung entsteht, wenn der Antragsteller eine oder mehrere der Lizenzbedingungen nicht erfüllt.

KAPITEL 4 - VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Art. 17 - Veröffentlichungen

§1 - Die zur Weiterverwendung verfügbaren Dokumente, die eventuellen Bedingungen und eventuellen Gebühren werden inventarisiert und insbesondere auf der Internetseite des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.

§2 - Die Behörden stellen Bestandslisten der wichtigsten Dokumente mit zugehörigen Metadaten, die, soweit möglich und sinnvoll, online verfügbar sind und in einem maschinenlesbaren Format vorliegen, sowie Internetportale, die mit den Bestandslisten verknüpft sind, bereit. Soweit möglich, sorgen die Behörden dafür, dass eine sprachübergreifende Suche nach Dokumenten vorgenommen werden kann.

Die Behörden vereinfachen den Zugang zu Datensätzen auf elektronischem Wege über zugängliche, einfach auffindbare und weiterverwendbare Formate.

KAPITEL 5 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 18 - Aufhebungsbestimmung

Das Dekret vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und 23. April 2018, wird aufgehoben.

Art. 19 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 17. Juli 2021 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident
Datum: 2021.04.22 10:58:21 +02'00'

UMSETZUNGSTABELLEN

Richtlinie 2019/1024	Vorliegendes Dekret
Artikel 1 (1) und (2)	Artikel 3
Artikel 1 (3), (5) und (7)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 1 (4)	Artikel 4
Artikel 1 (6)	Artikel 5
Artikel 2	Artikel 2
Artikel 3	Artikel 6
Artikel 4 (1), (2) und (3)	Artikel 15 §1
Artikel 4 (4)	Artikel 15 §2
Artikel 4 (5)	Artikel 17 §1
Artikel 4 (6)	Artikel 15 §3
Artikel 5	Artikel 7
Artikel 6	Artikel 8
Artikel 7 (1) und (2)	Artikel 9
Artikel 7 (3)	Artikel 15 §2
Artikel 8 (1)	Artikel 10
Artikel 8 (2)	Artikel 16
Artikel 9	Artikel 17 §2
Artikel 10	Artikel 11
Artikel 11	Artikel 13
Artikel 12	Artikel 14
Artikel 13	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 14 (1), (3), (4) und (5)	Artikel 12
Artikel 14 (2)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 15	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 16	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 17 (1) Absatz 1	Artikel 19
Artikel 17 (1) Absatz 2	Artikel 1
Artikel 17 (2)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 18	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 19	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 20	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 21	Bedarf keiner Umsetzung

Vorliegendes Dekret	Richtlinie 2019/1024
Artikel 1	Artikel 17 (2) Absatz 2
Artikel 2	Artikel 2
Artikel 3	Artikel 1 (1) und (2)
Artikel 4	Artikel 1 (4)
Artikel 5	Artikel 1 (6)
Artikel 6	Artikel 3
Artikel 7	Artikel 5
Artikel 8	Artikel 6
Artikel 9	Artikel 7 (1) und (2)
Artikel 10	Artikel 8 (1)
Artikel 11	Artikel 10
Artikel 12	Artikel 14 (1), (3), (4) und (5)
Artikel 13	Artikel 11

Artikel 14	Artikel 12
Artikel 15 §1	Artikel 4 (1), (2) und (3)
Artikel 15 §2	Artikel 4 (4) u. Artikel 7 (3)
Artikel 15 §3	Artikel 4 (6)
Artikel 16	Artikel 8 (2)
Artikel 17 §1	Artikel 4 (5)
Artikel 17 §2	Artikel 9
Artikel 18	Nicht zutreffend
Artikel 19	Artikel 17 (1) Absatz 1

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op voordracht van de Minister-President, bevoegd voor de bestuursorganisatie;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President, bevoegd voor de bestuursorganisatie, is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET INZAKE OPEN DATA EN HET HERGEBRUIK VAN
OVERHEIDSINFORMATIE**

INHOUD

Dit decreet voorziet in de omzetting van de Richtlijn (EU) 2019/1024 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	4
Voorontwerp	11
Omzettingstabellen	21

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

De Richtlijn (EU) 2019/1024 van het Europees Parlement en de Raad inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie werd aangenomen op 20 juni 2019 en moet tegen 17 juli 2021 worden omgezet. Bij deze richtlijn wordt de Richtlijn 2003/98/EG van het Europees Parlement en de Raad van 17 november 2003 inzake het hergebruik van overheidsinformatie opgeheven, een richtlijn die in de Duitstalige Gemeenschap werd omgezet bij het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 en 23 april 2018.

De nieuwe regeling heeft tot doel om de overblijvende en nieuwe belemmeringen voor het grootschalig hergebruik van overheidsinformatie en met overheidsmiddelen gefinancierde informatie weg te werken, om het regelgevingskader aan te passen aan de vooruitgang op het gebied van digitale technologieën, en om digitale innovatie verder te stimuleren, met name op het gebied van kunstmatige intelligentie.

Het gaat vooral om het verlenen van toegang tot dynamische gegevens in realtime en via adequate technische middelen, het uitbreiden van het aanbod aan waardevolle overheidsgegevens voor hergebruik - inclusief gegevens van overheidsbedrijven, onderzoeksinstellingen en organisaties die onderzoek financieren - het aanpakken van nieuwe vormen van exclusiviteitsregelingen of het gebruik van uitzonderingen op het beginsel dat slechts de marginale kostprijs in rekening mag worden gebracht.

Dit decreet zet de Richtlijn (EU) 2019/1024 in de Duitstalige Gemeenschap om en vervangt het decreet van 18 december 2006. Zo wordt het juridisch kader voor de zogenaamde 'open data' geschapen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Deze bepaling bevat de zogenaamde 'Europese clause' met verwijzing naar Richtlijn (EU) 2019/1024 die bij het decreet gedeeltelijk wordt omgezet. Deze verwijzing geschiedt overeenkomstig artikel 17, lid 1, tweede alinea, van Richtlijn 2019/1024.

Artikel 2

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 2 van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 2 van het decreet van 18 december 2006.

Op te merken valt dat de begrippen 'overheid' en 'overheidsbedrijf' uit de wetgeving op de overheidsopdrachten komen (zie ook artikel 2, 1°, van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied), terwijl het begrip 'persoonsgegevens' de link legt met de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De definitie van het woord 'document' werd overgenomen uit artikel 2 van het decreet van 18 december 2006 en is gebaseerd op de richtlijn die een generische definitie van het begrip invoert. Het decreet is van toepassing op elke voorstelling van handelingen, feiten of informatie en elke compilatie daarvan, waarover een overheid of een overheidsbedrijf beschikt, ongeacht het medium (papier, elektronische vorm, geluidsopname, beeldopname, ...). Het gaat dus niet om de toegang tot een bepaald document of tot bijzonderheden. Het document dat ter beschikking wordt gesteld voor hergebruik resulteert uit een verzameling van gegevens of uit een bewerking of ontsluiting van die gegevens om ze beschikbaar te stellen voor hergebruik. Die definitie omvat echter geen software.

Onder het begrip 'hergebruik' wordt verstaan: elk gebruik van de door de overheid verzamelde documenten voor andere doeleinden dan het oorspronkelijke doel.

Artikel 3

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 1, lid 1 en lid 2, van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 3 van het decreet van 18 december 2006.

Het toepassingsgebied, dat al zeer breed opgevat was, wordt nog uitgebreid met de overheidsbedrijven en de onderzoeksgegevens overeenkomstig artikel 1 van de Richtlijn (EU) 2019/1024. Zo bevat dit decreet voorschriften voor het hergebruik en praktische regelingen ter vereenvoudiging van het hergebruik van documenten die in het bezit zijn van overheden of overheidsbedrijven die op bepaalde terreinen actief zijn, alsook onderzoeksgegevens, om het gebruik van open data te bevorderen en innovatie in producten en diensten te stimuleren.

Alleen de documenten van bepaalde overheidsbedrijven vallen binnen het toepassingsgebied van het decreet, zodat ook het hergebruik van documenten die overheidsbedrijven in het kader van diensten van algemeen belang produceren, voor hergebruik ter beschikking worden gesteld. Het gaat om de overheidsbedrijven:

- die actief zijn op het gebied van de water-, energie- en vervoersdiensten, alsook postdiensten, zoals gedefinieerd in titel 3, hoofdstuk I, afdeling 2, van de wet van 17 juni 2016 inzake overheidsopdrachten;
- die optreden als exploitant van openbare diensten op grond van artikel 2 van Verordening (EG) nr. 1370/2007 betreffende het openbaar personenvervoer per spoor;
- die als luchtvaartmaatschappij openbardienstverplichtingen vervullen op grond van artikel 16 van Verordening (EG) nr. 1008/2008;
- die als reder openbare diensten verrichten op grond van artikel 4 van Verordening (EWG) nr. 3577/92.

Ook onderzoeksgegevens vallen nu binnen het toepassingsgebied, aangezien het volume onderzoeksgegevens exponentieel groeit en potentieel voor hergebruik buiten de wetenschappelijke gemeenschap biedt. Om de maatschappelijke uitdagingen op een efficiënte en holistische manier aan te pakken, is toegang tot data uit verschillende bronnen, sectoren en disciplines voor blending en hergebruik cruciaal en dringend geworden. Daarbij gaat het om statistieken, resultaten van experimenten, metingen, observaties op basis van terreinwerk, enquêteresultaten, opnames van interviews en beelden. Ook metadata, specificaties en andere digitale objecten horen daarbij. Onderzoeksgegevens verschillen van wetenschappelijke artikelen, waarin verslag wordt uitgebracht en commentaar wordt geleverd over resultaten van wetenschappelijk onderzoek.

In het tweede lid worden de documenten opgesomd die niet onder het toepassingsgebied van het decreet vallen.

Artikel 4

Dit artikel stemt overeen met artikel 4 van het decreet van 18 december 2006 en houdt verband met artikel 1, lid 4, van Richtlijn 2019/1024.

Een overheid kan documenten met persoonsgegevens die beschermd worden door de bepalingen inzake bescherming van de persoonlijke levenssfeer anonimiseren om de verspreiding ervan aan te moedigen. Als de overheid bepaalde gegevens anonimiseert, kan ze uiteraard een vergoeding verlangen om die kosten te dekken.

De bepaling moest aangepast worden, omdat de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens werd opgeheven. Voortaan gelden de bepalingen van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Artikel 5

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 1, lid 6, van Richtlijn 2019/1024.

Overeenkomstig artikel XI.307 van het Wetboek van Economisch Recht hebben producenten van databanken het recht de opvraging en/of het hergebruik van het geheel of van een in kwalitatief of kwantitatief opzicht substantieel deel van de inhoud van hun databanken te verbieden. Dat recht mag er niet toe leiden dat daardoor het hergebruik van gegevens in de zin van dit decreet beperkt wordt.

Artikel 6

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 3 van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 5, eerste lid, van het decreet van 18 december 2006.

Zoals in de richtlijn wordt bepaald, kunnen de verkregen gegevens gebruikt worden voor commerciële of niet-commerciële doeleinden.

Artikel 7

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 5 van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 6 van het decreet van 18 december 2006.

Zo mogelijk moeten documenten ter beschikking gesteld worden in de aangevraagde vorm. De overheid moet documenten zo mogelijk in elektronische vorm opmaken en moet zo mogelijk voorkomen dat het toegepaste formaat afhangt van specifieke software. De voor de overheden geldende verplichting om hun documenten "in de reeds bestaande talen" ter beschikking te stellen, moet uiteraard in het kader van de taalwetgeving worden verstaan en houdt geen inmenging in de bevoegdheid van de federale overheid in.

Voorts dienen verzoeken om uittreksels van documenten positief beoordeeld te worden wanneer aan een dergelijk verzoek kan worden voldaan zonder dat dit een onevenredig grote inspanning vereist.

Als een overheid beslist om bepaalde documenten niet meer ter beschikking te stellen of bepaalde informatie niet meer bij te werken, wat uiteraard haar goed recht is, moet ze dat tijdig bekendmaken.

Het beginsel "open door ontwerp en door standaardinstellingen" ("open by design and by default") betekent dat moet worden gezorgd voor een consistent niveau van bescherming van doelstellingen van algemeen belang, zoals openbare veiligheid, ook wanneer het om gevoelige informatie met betrekking tot kritieke infrastructuur gaat. De overheid moet ook zorgen voor de bescherming van persoonsgegevens, ook wanneer informatie in een individuele dataset geen risico inhoudt dat een natuurlijke persoon kan worden geïdentificeerd of er wordt uitgepikt, maar die informatie mogelijk wel een dergelijk risico inhoudt wanneer zij wordt gecombineerd met andere beschikbare informatie.

Artikel 8

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 6 van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 7 van het decreet van 18 december 2006.

Een overheid kan een vergoeding voor de terbeschikkingstelling van informatie vragen. Wanneer een vergoeding wordt verlangd, mag die niet hoger zijn dan de totale kosten die zijn gemaakt om documenten te verzamelen, te produceren, te vermenigvuldigen, te verspreiden en op te slaan, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen, met inachtneming van de vereiste zelffinanciering van de betrokken overheid, voor zover van toepassing. Produceren omvat ook het creëren en bundelen, terwijl onder verspreiden tevens de ondersteuning van de gebruiker moet worden begrepen.

Aangezien een te hoge vergoeding dient te worden voorkomen, vormt het terugverdienen van de kosten, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen, overeenkomstig toepasselijke boekhoudkundige beginselen en de desbetreffende methode voor kostenberekening van de betrokken overheid, een bovengrens voor de verlangde vergoeding.

Uiteraard kan een overheid een lagere vergoeding of geen vergoeding verlangen met het oog op administratieve vereenvoudiging voor de aanvrager of met het oog op de kosten en baten die voor de betrokken overheid zouden ontstaan door het verlangen van een vergoeding en door de daarmee gepaard gaande boekhoudkundige vereisten.

Artikel 9

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 7, lid 1 en lid 2, van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 7.1 van het decreet van 18 december 2006.

Dit artikel heeft tot doel de vergoedingen transparanter te maken. Dit dient de rechtszekerheid en komt de belanghebbenden ten goede.

Artikel 10

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 8, lid 1, van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 5, tweede en derde lid, van het decreet van 18 december 2006.

Het decreet voorziet in minimumvoorwaarden die bij elk hergebruik in acht moeten worden genomen: bronnen en laatste bijwerking vermelden; de integriteit van de documenten beschermen.

Een overheid kan nog andere voorwaarden voor hergebruik bepalen, maar mag de mededinging of de mogelijkheden tot hergebruik daarbij niet nodeloos beperken. Bij voorkeur dient in die gevallen een licentie te worden gebruikt.

Artikel 11

Dit artikel is nieuw en bepaalt op grond van artikel 10 van Richtlijn 2019/1024 onder welke voorwaarden onderzoeksgegevens hergebruikt mogen worden.

Zo wordt bepaald dat gegevens die stammen uit onderzoek dat met overheidsmiddelen werd gefinancierd en die door onderzoekers via een institutionele of thematische databank openbaar zijn gemaakt, hergebruikt mogen worden. In dat geval moeten ze overeenkomstig de in hoofdstuk 3 vermelde voorwaarden voor hergebruik en overeenkomstig het non-discriminatiebeginsel beschikbaar gesteld worden. Onderzoeksgegevens die onder het intellectuele eigendom van derden vallen, worden uitgesloten van het toepassingsgebied van artikel 10.

Artikel 12

Dit artikel is nieuw en stemt overeen met artikel 14 van Richtlijn 2019/1024.

Het eerste lid bepaalt aan welke voorwaarden specifieke hoogwaardige datasets die in het bezit zijn van overheden of overheidsbedrijven moeten voldoen. Zo moeten deze datasets principieel kosteloos zijn, machinaal leesbaar zijn, via API's beschikbaar gesteld worden en, in voorkomend geval, in de vorm van bulksgewijze downloads verstrekt worden.

Het principe van de kosteloze beschikbaarstelling geldt niet als ze tot concurrentievervalsing zou leiden (tweede lid), geldt niet voor bibliotheken, musea en archieven (derde lid) en geldt niet als ze een belangrijk effect zou hebben op de begroting (vierde lid).

Artikel 13

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 11 van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 9 van het decreet van 18 december 2006.

Dit artikel integreert het non-discriminatiebeginsel tussen vergelijkbare categorieën van hergebruik. Dit beginsel belet niet dat overheden bij de uitoefening van hun openbare taak zonder vergoeding informatie uitwisselen, terwijl andere partijen voor het hergebruik van dezelfde documenten wel dienen te betalen. Dit beginsel belet evenmin dat voor commercieel en niet-commercieel hergebruik andere vergoedingen worden gehanteerd.

Artikel 14

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 12 van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 10 van het decreet van 18 december 2006.

Het heeft betrekking op het verbod op exclusiviteitsregelingen. Het hergebruik van documenten staat dus principieel open voor alle potentiële marktdeelnemers. Van dat principe kan worden afgeweken, maar aan die uitzonderingen zijn strenge voorwaarden verbonden.

Artikel 15

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 4 en artikel 7, lid 3, van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 8 van het decreet van 18 december 2006.

Het verzoek om documenten voor hergebruik ter beschikking te stellen moet schriftelijk worden ingediend en moet minstens volgende elementen omvatten:

- de identificatie van het aangevraagde document;
- een beschrijving van het geplande hergebruik;
- de vorm waarin de documenten bij voorkeur ter beschikking dienen te worden gesteld;
- het doel van het hergebruik.

Die elementen dienen om te beoordelen of het verzoek geen misbruik inhoudt en of het wel strookt met de doelstelling van de richtlijn.

De bepaling is 'technologieneutraal' geformuleerd. Dit betekent dat het verzoek in principe zowel per brief via de post als elektronisch kan worden ingediend, voor zover de bepalingen van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied worden nageleefd.

De termijn die wordt vastgesteld voor de behandeling van verzoeken om hergebruik stemt overeen met de termijn vastgesteld in artikel 5, § 5, van het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten.

De overheid kan de terbeschikkingstelling van documenten te allen tijde eenzijdig en zonder vergoeding beëindigen, als niet wordt voldaan aan de voorwaarden vermeld in hoofdstuk 2.

In de beslissing over hergebruik moet bovendien worden verwezen naar de rechtsmiddelen die de verzoeker ter beschikking staan indien hij de beslissing wenst aan te vechten.

Overheidsbedrijven, onderwijsinstellingen, onderzoeksinstituten en organisaties die onderzoek financieren, hoeven niet te voldoen aan de regels vermeld in paragraaf 1.

Artikel 16

De overheid kan ook in het gebruik van een licentie voorzien en zendt de aanvrager een licentie binnen de termijn vermeld in artikel 15.

Artikel 17

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 4, lid 5, en artikel 9 van Richtlijn 2019/1024 en stemt overeen met artikel 11 van het decreet van 18 december 2006.

In de zin van de door de richtlijn geëiste transparantie moeten de overheden de burgers en ondernemingen informeren over de beschikbaarheid van documenten, over hun besluiten om bepaalde documenten niet langer te produceren of de voorwaarden voor de terbeschikkingstelling te wijzigen, alsook over de vergoedingen en exclusiviteitsregelingen.

Die openbaarmaking kan op veel verschillende manieren gebeuren, maar bij voorkeur via online toegankelijke overzichtslijsten en portaalsites met links naar gedecentraliseerde overzichtslijsten. Een goede mogelijkheid is de website van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De naleving van die openbaarmakingsplicht moet regelmatig gecontroleerd worden.

Artikel 18

Dit decreet vervangt het huidige decreet inzake het hergebruik van overheidsdocumenten, dat bij dit artikel wordt opgeheven.

Artikel 19

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van dit decreet.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie

HOOFDSTUK 1 - ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 - Europese clause

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn (EU) 2019/1024 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie.

Art. 2 – Definities

In de zin van dit decreet wordt verstaan onder:

1° overheid:

- a) de Duitstalige Gemeenschap;
- b) de publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;
- c) de gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied;
- d) iedere instelling, van welke aard en juridische vorm ook, die
 - opgericht is met het specifieke doel te voorzien in behoeften van algemeen belang die niet van industriële of commerciële aard zijn, en
 - rechtspersoonlijkheid heeft, en
 - waarvan hetzij de activiteiten in hoofdzaak door de overheden of instellingen vermeld onder a) en b) worden gefinancierd, hetzij het beheer is onderworpen aan het toezicht door deze laatste, hetzij de meerderheid van de leden van het bestuursorgaan, het leidinggevend orgaan of het toezichthoudend orgaan door deze overheden of instellingen zijn aangewezen;
- e) de verenigingen gevormd door één of meer onder a), b), c) of d) vermelde overheden;

2° overheidsbedrijf: een onderneming die actief is op de gebieden vermeld in artikel 3, eerste lid, 2°, waarop de overheden rechtstreeks of onrechtstreeks een overheersende invloed kunnen uitoefenen uit hoofde van eigendom, financiële deelneming of de op de onderneming van toepassing zijnde voorschriften. De overheersende invloed wordt in elk van de volgende gevallen vermoed wanneer deze overheden, rechtstreeks of onrechtstreeks:

- a) de meerderheid van het maatschappelijk kapitaal van de onderneming bezitten;
- b) over de meerderheid van de stemmen beschikken die verbonden zijn aan de door de onderneming uitgegeven aandelen;
- c) meer dan de helft van de leden van het bestuursorgaan, leidinggevend orgaan of toezichthoudend orgaan van de onderneming kunnen aanwijzen;

3° Richtlijn 2019/1024: de Richtlijn (EU) 2019/1024 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie;

4° universiteit: een overheid die postsecundair hoger onderwijs verstrekt dat tot een academische graad leidt;

5° standaardlicentie: een reeks vooraf bepaalde voorwaarden voor hergebruik, in een digitaal formaat, bij voorkeur verenigbaar met gestandaardiseerde openbare licenties die online beschikbaar zijn;

6° document: eender welke informatie, ongeacht het medium, waarover een overheid beschikt of eender welk deel van een dergelijke informatie;

7° anonimisering: het proces waarbij documenten worden omgezet in anonieme documenten die geen betrekking hebben op een geïdentificeerde of identificeerbare natuurlijke persoon, of het proces waarbij persoonsgegevens zodanig anoniem worden gemaakt dat de betrokkene niet of niet meer identificeerbaar is;

8° dynamische gegevens: documenten in digitale vorm die frequent of in real time worden geactualiseerd, met name wegens hun volatiliteit of omdat ze snel verouderd zijn; gegevens die door sensoren zijn gegenereerd, worden doorgaans als dynamische gegevens beschouwd;

9° onderzoeksgegevens: andere documenten in digitale vorm dan wetenschappelijke publicaties, die worden verzameld of geproduceerd tijdens wetenschappelijke onderzoeksactiviteiten en die als bewijs in het onderzoeksproces worden gebruikt, of waarvan binnen de onderzoeksgemeenschap algemeen wordt erkend dat ze noodzakelijk zijn om onderzoeksresultaten te valideren;

10° hoogwaardige datasets: documenten waarvan het hergebruik belangrijke voordelen biedt voor de samenleving, het milieu en de economie, met name vanwege hun geschiktheid voor het ontwikkelen van diensten met toegevoegde waarde en van toepassingen, en voor het scheppen van nieuwe, hoogwaardige en fatsoenlijke banen, en vanwege het aantal potentiële begunstigen van op basis van die datasets ontwikkelde diensten of toepassingen met toegevoegde waarde;

11° hergebruik: het gebruik door natuurlijke personen of rechtspersonen van documenten die in het bezit zijn van:

a) overheden voor andere commerciële of niet-commerciële doeleinden dan het oorspronkelijk doel binnen de publieke taak waarvoor de documenten zijn geproduceerd, met uitzondering van de uitwisseling van documenten tussen overheden uitsluitend met het oog op de vervulling van hun openbare taken, of

b) overheidsbedrijven voor andere commerciële of niet-commerciële doeleinden dan het oorspronkelijk doel van dienstverlening in het algemeen belang waarvoor de documenten zijn geproduceerd, met uitzondering van de uitwisseling van documenten tussen overheidsbedrijven en overheden uitsluitend met het oog op de vervulling van de openbare taken van overheden;

12° persoonsgegevens: persoonsgegevens als gedefinieerd in artikel 4, punt 1, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

13° machinaal leesbaar formaat: een bestandsformaat dat zodanig is gestructureerd dat softwaretoepassingen specifieke gegevens, met inbegrip van individuele feitenbeschrijvingen, en hun interne structuur gemakkelijk kunnen identificeren, herkennen en extraheren;

14° open formaat: een bestandsformaat dat platformonafhankelijk is en voor het publiek beschikbaar is zonder enige beperking die het hergebruik van documenten belemmert;

15° formele open standaard: een standaard die schriftelijk is vastgesteld, met vermelding van specificaties voor de vereisten betreffende de wijze waarop de interoperabiliteit van de software moet worden gegarandeerd;

16° redelijk rendement op investeringen: een percentage van het totale tarief, bovenop de kosten die mogen worden doorberekend, dat maximaal vijf procentpunten hoger ligt dan de vaste rente van de Europese Centrale Bank;

17° derde partij: een natuurlijke persoon of rechtspersoon die geen overheid of overheidsbedrijf is en die de gegevens in zijn bezit heeft;

18° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

Art. 3 - Doel en toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op:

1° bestaande documenten die in het bezit zijn van een overheid;

2° bestaande documenten die in het bezit zijn van overheidsbedrijven die:

a) werkzaam zijn op de gebieden bepaald in titel 3, hoofdstuk I, afdeling 2, van de wet van 17 juni 2016 inzake overheidsopdrachten;

b) als exploitant van openbare diensten op grond van artikel 2 van Verordening (EG) nr. 1370/2007 van het Europees Parlement en de Raad van 23 oktober 2007 betreffende het openbaar personenvervoer per spoor en over de weg en tot intrekking van Verordening (EEG) nr. 1191/69 van de Raad en Verordening (EEG) nr. 1107/70 van de Raad;

c) als luchtvaartmaatschappij openbardienstverplichtingen vervullen op grond van artikel 16 van Verordening (EG) nr. 1008/2008 van het Europees Parlement en de Raad van 24 september 2008 inzake gemeenschappelijke regels voor de exploitatie van luchtdiensten in de Gemeenschap (herschikking);

d) als reder openbare diensten verrichten op grond van artikel 4 van Verordening (EEG) nr. 3577/92 van de Raad van 7 december 1992 houdende toepassing van het beginsel van het vrij verrichten van diensten op het zeevervoer binnen de lidstaten (cabotage in het zeevervoer);

3° onderzoeksgegevens op grond van de voorwaarden van artikel 11.

Dit decreet is niet van toepassing op:

1° documenten waarvan de verstrekking een activiteit is die niet valt onder de openbare taak van de betrokken overheden, als bepaald bij wet of ander bindend voorschrift of, indien een voorschrift ter zake ontbreekt, als overeenkomstig de gangbare bestuurspraktijk, mits de afbakening van de overheidstaken transparant is en aan toetsing is onderworpen;

2° documenten die in het bezit zijn van overheidsbedrijven:

a) die zijn geproduceerd buiten de context van de levering van diensten van algemeen belang als gedefinieerd in de wetgeving of andere bindende regels;

b) die verband houden met activiteiten die rechtstreeks blootstaan aan concurrentie en bijgevolg op grond van artikel 116 van de wet van 17 juni 2016 inzake overheidsopdrachten niet onder aanbestedingsregels vallen;

3° documenten waarvan de intellectuele-eigendomsrechten bij derden berusten;

4° documenten, zoals bijvoorbeeld gevoelige gegevens, waartoe de toegang is uitgesloten op basis van de geldende toegangsregelingen, onder meer wegens:

a) de bescherming van de nationale veiligheid (namelijk staatsveiligheid), defensie of openbare veiligheid;

b) het statistisch geheim;

c) het handelsgeheim, met inbegrip van bedrijfs- of beroepsgeheim;

5° documenten waartoe de toegang uitgesloten of beperkt is op grond van de bescherming van gevoelige informatie in verband met de bescherming van kritieke infrastructuur in de zin van de wet van 1 juli 2011 betreffende de beveiliging en de bescherming van de kritieke infrastructuren;

6° documenten waartoe de toegang beperkt is uit hoofde van de toegangsregelingen, onder meer in gevallen waarin burgers of rechtspersonen moeten aantonen dat zij er een bijzonder belang bij hebben toegang tot de documenten te krijgen;

7° logo's, wapens en insignes;

8° documenten waartoe de toegang uit hoofde van de toegangsregelingen uitgesloten of beperkt is op grond van de bescherming van persoonsgegevens, en gedeelten van documenten die uit hoofde van die regelingen toegankelijk zijn, maar persoonsgegevens bevatten waarvan het hergebruik wettelijk onverenigbaar is verklaard met het recht betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens of waarvan het hergebruik wettelijk is aangemerkt als een ondermijning van de bescherming van de persoonlijke levenssfeer en de integriteit van het individu, met name in overeenstemming met het Unierecht of het Belgische recht betreffende de bescherming van persoonsgegevens;

9° documenten in het bezit van openbare omroepen of hun dochterondernemingen en van andere lichamen of hun dochterondernemingen ten behoeve van de vervulling van een publieke

omroepzaak;

10° documenten in het bezit van andere culturele instellingen dan bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven;

11° documenten in het bezit van onderwijsinstellingen van het secundair of lager niveau, en, in het geval van alle andere onderwijsinstellingen, andere dan de in documenten bedoeld in het eerste lid, 3°;

12° andere dan de in het eerste lid, 3°, bedoelde documenten van onderzoeksinstituten en organisaties die onderzoek financieren, met inbegrip van organisaties die zijn opgericht voor de overdracht van onderzoeksresultaten.

HOOFDSTUK 2 - VOORWAARDEN VOOR HERGEBRUIK

Afdeling 1 - Algemene voorwaarden

Art. 4 - Persoonsgegevens

Een document dat persoonsgegevens bevat, mag alleen hergebruikt worden op voorwaarde dat de overheid alle nodige voorzorgsmaatregelen heeft genomen om de persoon waarop de gegevens betrekking hebben, niet-identificeerbaar te maken, in het bijzonder door de informatie in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming te anonimiseren.

Art. 5 - Databanken

Het recht dat bij artikel XI.307 van het Wetboek van Economisch Recht aan de fabrikant van databanken wordt verleend, mag niet gebruikt worden om het hergebruik van documenten tegen te gaan of om het hergebruik buiten de bij dit decreet bepaalde grenzen te beperken.

Art. 6 - Doel van het hergebruik

De documenten waarop dit decreet van toepassing is, kunnen worden hergebruikt voor commerciële of niet-commerciële doeleinden.

Dit geldt ook voor documenten waarvoor intellectuele-eigendomsrechten berusten bij bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven en voor documenten van overheidsbedrijven, indien toestemming is verleend voor het hergebruik ervan.

Art. 7 - Beschikbare formaten

Onverminderd artikel 12 stellen overheden en overheidsbedrijven hun documenten beschikbaar in de reeds bestaande formaten of talen en, indien mogelijk en passend, elektronisch, in formaten die open, machinaal leesbaar, toegankelijk, vindbaar en herbruikbaar zijn, samen met hun metadata. Zowel het formaat als de metadata dienen zo veel mogelijk aan formele open standaarden te voldoen.

Documenten die binnen het toepassingsgebied van dit decreet vallen, worden door de overheden en overheidsbedrijven geproduceerd en ter beschikking gesteld overeenkomstig het beginsel "open door ontwerp en door standaardinstellingen" ("open by design and by default").

Het eerste lid behelst geen verplichting voor overheden om documenten te produceren of aan te passen of om uittreksels te verstrekken indien dit een onevenredig grote inspanning vereist die verder gaat dan een eenvoudige handeling.

Overheden kunnen op basis van dit decreet niet worden verplicht een bepaalde soort documenten te blijven produceren en op te slaan met het oog op het hergebruik van die documenten door een particuliere of publieke organisatie.

Overheden stellen dynamische gegevens onmiddellijk nadat ze zijn verzameld via passende API's en, in voorkomend geval, in de vorm van een bulksgewijze download, beschikbaar voor hergebruik.

Wanneer het beschikbaar stellen van dynamische gegevens onmiddellijk na het verzamelen ervan, zoals bedoeld in het vijfde lid, de financiële en technische mogelijkheden van de overheid zou overstijgen omdat dit een onevenredige inspanning zou vergen, worden die dynamische gegevens voor hergebruik beschikbaar gesteld binnen een termijn of met tijdelijke technische beperkingen die de exploitatie van hun economisch en sociaal potentieel niet onnodig in het gedrang brengen.

Het eerste tot het zesde lid is van toepassing op bestaande documenten die in het bezit zijn van overheidsbedrijven en die voor hergebruik beschikbaar zijn.

De hoogwaardige datasets, waarvan de lijst wordt vastgesteld door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024, worden in een machinaal leesbaar formaat voor hergebruik beschikbaar gesteld via API's en, in voorkomend geval, in de vorm van een bulksgewijze download.

Art. 8 - Tarifiering

§ 1 - Voor het hergebruik van documenten wordt geen vergoeding aangerekend.

De terugvordering van de marginale kosten voor de vermenigvuldiging, verstrekking en verspreiding van documenten, evenals voor de anonimisering van persoonsgegevens en voor maatregelen ter bescherming van commercieel vertrouwelijke informatie kan evenwel worden toegestaan.

§ 2 - De bepalingen van paragraaf 1 zijn niet van toepassing op:

- 1° overheden die verplicht zijn inkomsten te genereren om een aanzienlijk deel van de kosten van de uitoefening van hun openbare taken te dekken;
- 2° bibliotheken, met inbegrip van universiteitsbibliotheken, musea en archieven;
- 3° overheidsbedrijven.

§ 3 - De Regering publiceert een lijst van de overheden bedoeld in § 2, 1°, op de website van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4 - In de in § 2, 1° en 3°, bedoelde gevallen wordt de totale vergoeding berekend aan de hand van objectieve, transparante en controleerbare criteria die door de Regering worden vastgesteld.

De totale inkomsten uit het verstrekken van documenten en het verlenen van toestemming voor het hergebruik van documenten mogen over de desbetreffende berekeningsperiode genomen niet hoger zijn dan de kosten van de verzameling, productie, vermenigvuldiging, verspreiding en opslag ervan, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen, en —

indien van toepassing — de anonimisering van persoonsgegevens en maatregelen ter bescherming van commercieel vertrouwelijke informatie.

De vergoeding wordt berekend overeenkomstig de boekhoudkundige beginselen die op de betrokken overheid van toepassing zijn.

§ 5 - Indien er door de in § 2, 2°, bedoelde overheden een vergoeding wordt verlangd, mogen de totale inkomsten uit het verstrekken en het verlenen van toestemming voor hergebruik van documenten over de desbetreffende berekeningsperiode genomen niet hoger zijn dan de kosten van de verzameling, productie, vermenigvuldiging, verspreiding, opslag, conservering en vereffening van rechten en, indien van toepassing, de anonimisering van persoonsgegevens en maatregelen ter bescherming van commercieel vertrouwelijke informatie, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen.

De vergoeding wordt berekend overeenkomstig de boekhoudkundige beginselen die op de betrokken overheid van toepassing zijn.

§ 6 - Hergebruik van volgende gegevens is kosteloos voor de gebruiker:

1° hoogwaardige datasets die door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 worden opgesteld, onder voorbehoud van andere, door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 vastgelegde bepalingen;

2° onderzoeksgegevens als bedoeld in artikel 3, eerste lid, 3°.

Art. 9 - Transparantie

In het geval van standaardvergoedingen voor het hergebruik van documenten worden de eventuele voorwaarden en het eigenlijke bedrag van die vergoedingen, met inbegrip van de berekeningsgrondslag ervoor, vooraf vastgesteld en bekendgemaakt, indien mogelijk en passend langs elektronische weg.

In het geval van andere dan de in het eerste lid genoemde vergoedingen voor hergebruik geven de overheden en de overheidsbedrijven vooraf aan met welke factoren rekening wordt gehouden bij de berekening van die vergoedingen. Op verzoek geeft de houder van de documenten in kwestie ook aan hoe die vergoedingen zijn berekend met betrekking tot een specifiek verzoek om hergebruik.

Art. 10 - Nadere voorwaarden

§ 1 - Onverminderd paragraaf 2 mag het hergebruik van documenten niet worden onderworpen aan voorwaarden, tenzij die voorwaarden objectief, evenredig en niet-discriminerend zijn en gerechtvaardigd worden door een doel van algemeen belang.

Wanneer hergebruik aan voorwaarden wordt onderworpen, mogen die voorwaarden de mogelijkheden tot hergebruik niet nodeloos beperken, noch gebruikt worden om de mededinging te beperken.

§ 2 - De documenten die uit het hergebruik resulteren, vermelden de bron en de datum van de laatste actualisering. Ze respecteren de integriteit en de aard van de ter beschikking gestelde documenten.

Afdeling 2 - Bijzondere voorwaarden

Art. 11 - Onderzoeksgegevens

Met overheidsmiddelen gefinancierde onderzoeksgegevens worden in een openaccessbeleid beschikbaar gesteld volgens het beginsel "open door standaardinstellingen" ("open by default") en verenigbaar met het beginsel dat onderzoeksgegevens vindbaar, toegankelijk, interoperabel en herbruikbaar moeten zijn. Hierbij worden problemen met betrekking tot intellectuele-eigendomsrechten, bescherming en vertrouwelijkheid van persoonsgegevens, beveiliging en rechtmatige handelsbelangen in aanmerking genomen in overeenstemming met het beginsel "zo open als mogelijk, zo gesloten als nodig" ("as open as possible, as closed as necessary").

Onverminderd artikel 3, tweede lid, 3°, zijn onderzoeksgegevens herbruikbaar voor commerciële of niet- commerciële doeleinden overeenkomstig dit hoofdstuk, voor zover die gegevens met overheidsmiddelen zijn gefinancierd en onderzoekers, onderzoeksinstituten of organisaties die onderzoek financieren ze al openbaar hebben gemaakt via een institutionele of thematische databank. In dat verband moet rekening worden gehouden met rechtmatige handelsbelangen, activiteiten inzake kennisoverdracht en reeds bestaande intellectuele-eigendomsrechten.

Art. 12 - Hoogwaardige datasets

Hoogwaardige datasets die door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 in een lijst zijn vastgesteld, moeten:

- 1° met inachtneming van het tweede, het derde en het vierde lid kosteloos beschikbaar zijn;
- 2° machinaal leesbaar zijn;
- 3° via API's beschikbaar worden gesteld;
- 4° in voorkomend geval, in de vorm van bulksgewijze downloads worden verstrekt.

Overeenkomstig de bepalingen die door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 werden vastgesteld, geldt de kosteloze beschikbaarstelling van hoogwaardige datasets in afwijking van het eerste lid, 1°, niet voor specifieke hoogwaardige datasets die in het bezit zijn van overheidsbedrijven indien dat tot concurrentievervalsing in de relevante markten zou leiden.

De vereiste om hoogwaardige datasets kosteloos beschikbaar te stellen op grond van het eerste lid, 1°, geldt niet voor bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven.

Indien de kosteloze beschikbaarstelling van hoogwaardige datasets door overheden die verplicht zijn inkomsten te genereren om een aanzienlijk deel van de kosten voor de uitoefening van hun openbare taken te dekken, een belangrijk effect zou hebben op de begroting van de overheden, zijn die overheden vrijgesteld van de vereiste om die hoogwaardige datasets kosteloos beschikbaar te stellen voor een maximale duur van twee jaar na de inwerkingtreding van de relevante bepalingen die de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 heeft vastgesteld.

HOOFDSTUK 3 - VERZOEKEN OM HERGEBRUIK

Afdeling 1 - Algemene vereisten

Art. 13 - Discriminatieverbod

De voorwaarden voor het hergebruik van documenten die worden opgelegd in het kader van een aanvraagprocedure mogen niet discriminerend zijn voor vergelijkbare categorieën van hergebruik, met inbegrip van hergebruik over de landsgrenzen heen.

Indien documenten door een overheid worden hergebruikt als basismateriaal voor commerciële activiteiten van die overheid die buiten de openbare taak vallen, zijn op de verstrekking van documenten voor deze activiteiten dezelfde vergoedingen en andere voorwaarden van toepassing als die welke gelden voor andere gebruikers.

Art. 14 – Verbod op exclusiviteitsregelingen

§ 1 - Het hergebruik van documenten staat open voor alle potentiële marktdeelnemers, zelfs indien één of meer marktdeelnemers reeds op deze documenten gebaseerde producten met toegevoegde waarde exploiteren. Contracten of andere overeenkomsten tussen overheden of overheidsbedrijven die deze documenten in bezit hebben en derden mogen geen exclusiviteitsrechten verlenen.

§ 2 - Wanneer een exclusief recht echter noodzakelijk is voor het verlenen van een dienst van algemeen belang, dient periodiek, doch in ieder geval om de drie jaar, te worden nagegaan of de redenen daarvoor nog steeds geldig zijn. Exclusiviteitsregelingen die op of na 17 juli 2021 zijn gesloten, worden minstens twee maanden voor hun inwerkingtreding online openbaar gemaakt.

Deze paragraaf is niet van toepassing op de digitalisering van culturele hulpbronnen.

§ 3 - Niettegenstaande paragraaf 1 duurt, wanneer een exclusief recht betrekking heeft op de digitalisering van culturele hulpbronnen, de periode van exclusiviteit in het algemeen niet langer dan tien jaar. Indien die periode meer dan tien jaar bedraagt, wordt de duur ervan tijdens het elfde jaar en, indien van toepassing, daarna om de zeven jaar, getoetst.

De in het eerste lid bedoelde regelingen die exclusieve rechten toekennen zijn transparant en worden openbaar gemaakt.

In geval van een in het eerste lid bedoeld exclusief recht wordt in de desbetreffende overeenkomst vastgesteld dat de desbetreffende overheid gratis een kopie van de gedigitaliseerde culturele hulpbronnen krijgt. Die kopie is na afloop van de exclusiviteitsperiode beschikbaar voor hergebruik.

§ 4 - Juridische of praktische regelingen die, zonder expliciet in de toekenning van exclusiviteitsrechten te voorzien, tot doel hebben of redelijkerwijs kunnen worden geacht de beschikbaarheid van documenten voor hergebruik door andere partijen dan de derde partij bij de regeling te beperken, worden minstens twee maanden voor de inwerkingtreding van die regeling online openbaar gemaakt. De gevolgen van die juridische of praktische regelingen voor de beschikbaarheid van gegevens voor hergebruik worden regelmatig, en in elk geval om de drie jaar, geëvalueerd. De uiteindelijke regelingen zijn transparant en worden online openbaar gemaakt.

§ 5 - Door overheden gesloten exclusiviteitsregelingen die al bestonden op 17 juli 2013 en die niet voor een uitzondering als bedoeld in de §§ 2 en 3 in aanmerking komen, worden aan het eind van het contract en in elk geval uiterlijk op 18 juli 2043 beëindigd.

Door overheidsbedrijven gesloten exclusiviteitsregelingen die al bestaan op 16 juli 2019 en die niet voor een uitzondering als bedoeld in de §§ 2 en 3 in aanmerking komen, worden aan het eind van het contract en in elk geval uiterlijk op 17 juli 2049 beëindigd.

Afdeling 2 - Procedure

Art. 15 - Verzoek om hergebruik

§ 1 - Het verzoek om hergebruik wordt schriftelijk ingediend en bevat minstens de precieze identificatie van het aangevraagde document, een beschrijving van het geplande hergebruik, de vorm waarin de documenten bij voorkeur ter beschikking dienen te worden gesteld, alsook het doel van het hergebruik.

De overheid die niet onmiddellijk op een aanvraag op openbaarheid kan ingaan of ze afwijst, geeft binnen een termijn van dertig kalenderdagen na ontvangst van de aanvraag aan de verzoeker kennis van de redenen van het uitstel of de afwijzing. In geval van uitstel kan de termijn met vijftien kalenderdagen worden verlengd.

Bij ontstentenis van een kennisgeving binnen de voorgeschreven termijn, wordt de aanvraag geacht te zijn geweigerd.

Als een afwijzende beslissing gebaseerd is op artikel 3, tweede lid, 3°, verwijst de overheid in haar beslissing naar de natuurlijke persoon of rechtspersoon bij wie de rechten berusten, indien deze bekend is, of naar de licentiegever van wie de overheid het betrokken materiaal heeft verkregen. Bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven zijn niet verplicht deze verwijzing op te nemen.

De overheid kan de terbeschikkingstelling van documenten eenzijdig en te allen tijde beëindigen, zonder dat enig recht op vergoeding ontstaat, wanneer de aanvrager één of meer voorwaarden vermeld in hoofdstuk 2 niet naleeft.

§ 2 - In elke beslissing over hergebruik wordt verwezen naar de rechtsmiddelen die de verzoeker ter beschikking staan indien hij de beslissing wenst aan te vechten.

§ 3 - De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing op:

1° overheidsbedrijven;

2° onderwijsinstellingen, onderzoeksinstituten en organisaties die onderzoek financieren.

Art. 16 - Standaardlicenties

Indien de inhoud van een document het gebruik van een licentie vereist, bezorgt de overheid die de aanvraag heeft ontvangen, de aanvrager binnen de termijn gesteld in artikel 15, § 1, tweede lid, een standaardlicentie, die aan bijzondere licentieaanvragen kan worden aangepast.

De overheid kan een licentie eenzijdig en te allen tijde beëindigen, zonder dat een recht op vergoeding ontstaat, wanneer de aanvrager niet voldoet aan één of meer licentievoorwaarden.

HOOFDSTUK 4 - DIVERSE BEPALINGEN

Art. 17 – Bekendmakingen

§ 1- De voor hergebruik beschikbare documenten, de eventuele voorwaarden en de eventuele vergoedingen worden geïnventariseerd en in het bijzonder bekendgemaakt op de website van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - De overheden stellen overzichtslijsten van de belangrijkste documenten met relevante metagegevens ter beschikking die, indien mogelijk en passend, online en in machinaal leesbare formaten toegankelijk zijn, alsook portaalsites met links naar de overzichtslijsten. Indien mogelijk vergemakkelijken de overheden het taaloverschrijdend zoeken naar documenten.

De overheden vergemakkelijken de toegang tot datasets via elektronische weg, in formaten die toegankelijk, gemakkelijk vindbaar en herbruikbaar zijn.

HOOFDSTUK 5 - SLOTBEPALINGEN

Art. 18 - Opheffingsbepaling

Het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 en 23 april 2018, wordt opgeheven.

Art. 19 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 17 juli 2021.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

OMZETTINGSTABELLEN

Richtlijn 2019/1024	Onderhavig decreet
Artikel 1, lid 1 en lid 2	Artikel 3
Artikel 1, lid 3, lid 5 en lid 7	Geen omzetting nodig
Artikel 1, lid 4	Artikel 4
Artikel 1, lid 6	Artikel 5
Artikel 2	Artikel 2
Artikel 3	Artikel 6
Artikel 4, lid 1, lid 2 en lid 3	Artikel 15, § 1
Artikel 4, lid 4	Artikel 15, § 2
Artikel 4, lid 5	Artikel 17, § 1
Artikel 4, lid 6	Artikel 15, § 3
Artikel 5	Artikel 7
Artikel 6	Artikel 8
Artikel 1, lid 1 en lid 2	Artikel 9
Artikel 7, lid 3	Artikel 15, § 2
Artikel 8, lid 1	Artikel 10
Artikel 8, lid 2	Artikel 16
Artikel 9	Artikel 17, § 2
Artikel 10	Artikel 11
Artikel 11	Artikel 13
Artikel 12	Artikel 14
Artikel 13	Geen omzetting nodig
Artikel 14, lid 1, lid 3, lid 4 en lid 5	Artikel 12
Artikel 14, lid 2	Geen omzetting nodig
Artikel 15	Geen omzetting nodig
Artikel 16	Geen omzetting nodig
Artikel 17, lid 1, eerste alinea	Artikel 19
Artikel 17, lid 1, tweede alinea	Artikel 1
Artikel 17, lid 2	Geen omzetting nodig
Artikel 18	Geen omzetting nodig
Artikel 19	Geen omzetting nodig
Artikel 20	Geen omzetting nodig
Artikel 21	Geen omzetting nodig

Onderhavig decreet	Richtlijn 2019/1024
Artikel 1	Artikel 17, lid 2, tweede alinea
Artikel 2	Artikel 2
Artikel 3	Artikel 1, lid 1 en lid 2
Artikel 4	Artikel 1, lid 4
Artikel 5	Artikel 1, lid 6
Artikel 6	Artikel 3
Artikel 7	Artikel 5
Artikel 8	Artikel 6
Artikel 9	Artikel 7, lid 1 en lid 2
Artikel 10	Artikel 8, lid 1

Artikel 11	Artikel 10
Artikel 12	Artikel 14, lid 1, lid 3, lid 4 en lid 5
Artikel 13	Artikel 11
Artikel 14	Artikel 12
Artikel 15, § 1	Artikel 4, lid 1, lid 2 en lid 3
Artikel 15, § 2	Artikel 4, lid 4 en artikel 7, lid 3
Artikel 15, § 3	Artikel 4, lid 6
Artikel 16	Artikel 8, lid 2
Artikel 17, § 1	Artikel 4, lid 5
Artikel 17, § 2	Artikel 9
Artikel 18	Niet van toepassing
Artikel 19	Artikel 17, lid 1, eerste alinea